STÄDTETAG
NRW

ZUKUNFT WIRD IN STÄDTEN GEMACHT

Forderungen und Erwartungen
des Städtetages Nordrhein-Westfalen
an den neuen Landtag
und die neue Landesregierung

Foto: © Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen / Bernd Schälte

STAEDTETAG-NRW.DE

Forderungen und Erwartungen des Städtetages Nordrhein-Westfalen an den neuen Landtag und die neue Landesregierung

Beschlossen vom Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen am 6. April 2022

Präambel

I. Ukraine-Krieg: Geflüchtete willkommen heißen

1. Sinnvoll steuern: schnell registrieren und gerecht verteilen
2. Menschenwürdig aufnehmen und versorgen
3. Integration von Anfang an ermöglichen

II. Wandel gelingt nur mit resilienten Städten

1. Umwelt- und Klimaschutzziele lassen sich nur gemeinsam erreichen
2. Nachhaltige Mobilität in Stadt und Region
3. Digitale Transformation gestalten
4. Für eine handlungsfähige Verwaltung sorgen
5. Städte für Menschen

III. Lebenswertes Zuhause: Gut leben in der Stadt

1. Städte leben Vielfalt
2. Gleichstellung realisieren
3. Gute Bildung für gute Startchancen
4. Wohnen ist Grundbedürfnis
5. Lebensqualität im Alter sichern
6. Kultur stärken

IV. Zukunftsfeste Städte nur mit soliden Finanzen

Präambel – Zukunft wird in Städten gemacht

Staat und Gesellschaft stehen vor großen Herausforderungen. Die Auswirkungen gewaltiger Transformationsprozesse wie Klimawandel und Digitalisierung sind im Alltag der Menschen vor Ort zu spüren. Die Folgen des Ukraine-Kriegs und die andauernde Corona-Pandemie sind auf vielfache Art und Weise eine große Belastungsprobe. Die Städte in Nordrhein-Westfalen begegnen diesen großen Aufgaben mit Zuversicht und Tatkraft. Um den Wandel zu gestalten, braucht es die passenden Rahmenbedingungen.

Zusammenhalten. Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die europäische Friedensordnung und die Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Städte verurteilen den Krieg aufs Schärfste und stehen solidarisch an der Seite der Ukraine. Sie nehmen ihre Verantwortung wahr – vor Ort und in der Welt. Die geflüchteten Menschen aus der Ukraine sind in den Städten uneingeschränkt willkommen. Mit internationaler Städtediplomatie wird ein Netz des Friedens und der Verständigung gespannt. In partnerschaftlichen Beziehungen entfaltet sich ein Geflecht des Zusammenhalts.

Gestalten können. Die Auswirkungen der Krise belasten die Städte in Milliardenhöhe. Wir verlassen uns auf die Zusage des Ministerpräsidenten, die Städte mit den Kosten nicht allein zu lassen – „ohne Wenn und Aber“. Die Städte brauchen daneben eine auskömmliche und gesicherte Finanzausstattung durch das Land. Dies ist das Fundament, um die großen Herausforderungen zu meistern.

Teilhaben. Lebenswerte Städte ermöglichen Teilhabe in allen Lebenslagen. Teilhaben zu können, hat viele Facetten. Es ist das Recht auf Bildung, Integration, Mobilität und Versorgung mit öffentlichen Gütern. Es ist der Anspruch, gleiche Chancen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Es ist der Wille, nicht zu diskriminieren.

Vor diesem Hintergrund legt der Städtetag Nordrhein-Westfalen für die nächste Legislaturperiode seine Erwartungen und Forderungen an den neuen Landtag und die neue Landesregierung vor.

I. Ukraine-Krieg: Geflüchtete willkommen heißen

1. Sinnvoll steuern: schnell registrieren und gerecht verteilen

Foto: © Stadt Bochum / André Grabowski

Die Aufnahme von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für diese gemeinsame Aufgabe braucht es einen gemeinsamen Plan. Die Städte erwarten eine effektive Steuerung durch das Land. Es muss Prognosen und Szenarien kommunizieren, mit denen vor Ort gearbeitet werden kann. Es braucht dringend Unterstützung bei Registrierung und Verteilung. Die Städte müssen wissen, wie viele Plätze in Landeseinrichtungen frei sind und wo mobile Teams zur Registrierung eingesetzt werden können. Die Städte benötigen aktuelle Updates über die Zahl und Zeitpunkte der Zuweisungen auf die verschiedenen Kommunen. Die geflüchteten Menschen müssen leistungsgerecht auf die Kommunen verteilt werden.

2. Menschenwürdig aufnehmen und versorgen

Die Städte tun alles, um die geflüchteten Menschen menschenwürdig aufzunehmen und zu versorgen. Dafür ist das Land in der Pflicht, die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Kapazitäten in Landeseinrichtungen müssen hochgefahren werden. Den Städten muss der investive Aufwand für den Aufbau von Unterbringungsressourcen vollumfänglich erstattet werden.

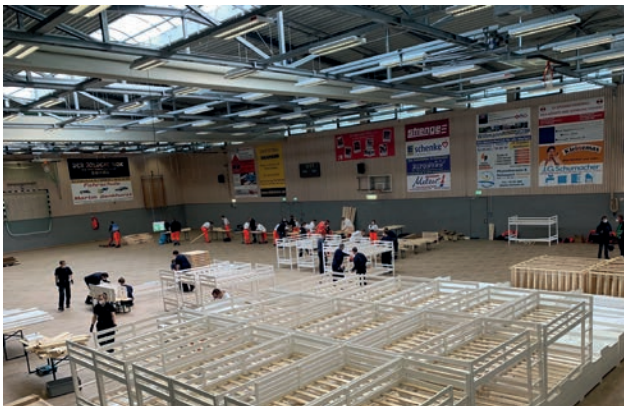
Foto: © Stadt Gütersloh

Die Geflüchteten sollten einen Zugang zur Grundsicherung des SGB II erhalten. Damit wird ihnen auch eine Qualifikation zur Arbeitsaufnahme ermöglicht, der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert sowie Leistungen der Krankenversicherung (SGB V) und der Pflegeversicherung gewährt werden können. Bereits entstandene und künftig entstehende Aufwendungen zur Unterbringung und Versorgung sind den Kommunen zu erstatten. Das Land ist in der Pflicht, ankommende Geflüchtete auf Impfstatus und Erkrankungen zu untersuchen.

3. Integration von Anfang ermöglichen

Foto: © Stadt Herne

Integration sollte von Anfang an konsequent mitgedacht und mit Maßnahmen unterlegt werden. Es braucht deutlich größere Kapazitäten bei Kinderbetreuung, Schule und Kitas.

Bei Schulen können Brückenangebote für Entlastung sorgen. Hierbei sollte das Land auch unkonventionelle Lösungen akzeptieren und muss hierfür die notwendigen Mittel bereitstellen. Eine dauerhafte Finanzierung des Landes für entsprechende Angebote in der Kindertagesbetreuung sollte über eine entsprechende Richtlinie erfolgen.

II. Wandel gelingt nur mit resilienten Städten

1. Umwelt- und Klimaschutzziele lassen sich nur gemeinsam erreichen

Klimaschutz und Klimafolgenanpassung verlangen erhebliche investive Maßnahmen. Die vorhandenen Förderprogramme reichen bei weitem nicht aus. Die neue Landesregierung muss sich deshalb beim Bund für ein **tragfähiges** und **rechtlich abgesichertes Finanzierungsprogramm** für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung einsetzen und es um eigene Landesmittel aufstocken. Stadtgrün, Gewässermanagement und Starkregenvorsorge sowie Hochwasserschutz müssen stärker in den Blick genommen werden.

Foto: © KlimaExpo.NRW / NRW.Energy4Climate GmbH

Neben den Klimaschutz als Hauptmotivation für die Energiewende treten nun wirtschafts- und sicherheitspolitische Belange. Die **Energieversorgungsstrategie NRW** muss umso schneller umgesetzt und weiterentwickelt werden. Es braucht einen noch schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien, um unabhängiger und damit resilienter zu werden. Die Abstandsregelung für Windenergie-an-Land zur Wohnbebauung muss abgeschafft werden. Für die Solarenergie brauchen wir Anreize und Förderung. Überall dort, wo es möglich ist, sollten Dächer mit Solar bebaut und Freiflächen-Photovoltaikanlagen ausgeweitet werden können. Die energetische Gebäude- und Quartierssanierung muss verbessert und der Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze auf Basis erneuerbarer Energien vorangetrieben werden. Die Vorhaben des Landes müssen im Gleichklang mit der Klimaschutz- und Energiepolitik der Bundesregierung gehen.

2. Nachhaltige Mobilität in Stadt und Region

Foto: © Presseamt Münster / Michael Möller

Foto: © Kölner Verkehrs-Betriebe AG / Christoph Seelbach

Nordrhein-Westfalen muss Klimaschutzziele auch im Bereich der Mobilität deutlich stärker verfolgen. Der Mobilitätsschwerpunkt muss von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Investitionen in die **Mobilitätswende** dürfen nicht nur in Abhängigkeit von den bereitgestellten Bundesmitteln erfolgen. Die Anstrengungen der Städte in NRW zum Ausbau zukunftsgerichteter, klimaneutraler und kundenorientierter Mobilität brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.

Statt einer Fülle einzelner Förderprogramme muss das Land eine stetige, **übersichtliche** und **integrierte Finanzierungsstruktur** anbieten. Dadurch würde für alle Beteiligten Transparenz bezüglich des Umfangs der Mittel und **Planungssicherheit für die Verkehrsinfrastruktur** in NRW geschaffen werden. Es müssen mehr Projekte mit weniger administrativem Personalaufwand auf den Weg gebracht werden Ein stabil finanzierter öffentlicher Nahverkehr muss das Rückgrat der Mobilitätsstruktur vor Ort sein. Alle Zusagen aus dem Corona-Rettungsschirm müssen eingehalten werden. Der Aktionsplan zum Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz muss zügig konkrete Wirkungen vor Ort entfalten. Das Land hat ein ehrgeiziges Ziel zur Veränderung des Modal Split ausgerufen. Es braucht ein enges Miteinander von Land und Städten, um die Mobilität in NRW gemeinsam nachhaltig zu verändern.

3. Digitale Transformation gestalten

Foto: © Stadt Bochum

Auf dem Weg zur **Smart City** braucht es Unterstützung. Es müssen nachhaltige Strukturen, sowohl infrastrukturell als auch organisatorisch geschaffen werden. Förderprogramme sollten Kooperationen sowie den Transfer von Lösungen in den Fokus rücken. Eine offene technische Standardisierung sollte stringent verfolgt werden.

Das Fundament zukunftsfähiger Städte ist digitale Infrastruktur. Die Landesregierung muss den **Glasfaser- und 5G-Ausbau** weiter forcieren. Neben der Fortführung der Förderung von Breitband- und Mobilfunkkoordinatoren und eines vereinfachten Zugangs zu Förderung sollte eine Strategie für den Ausbau in grauen Flecken entwickelt werden. Insbesondere die Verzahnung von eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau muss verbessert und der Druck auf die Mobilfunknetzbetreiber für eine bessere Netzabdeckungen erhöht werden.

4. Für eine moderne und handlungsfähige Verwaltung sorgen

Foto: © onephoto - stock.adobe.com

Für eine **moderne Kommunalverwaltung** müssen die internen Verwaltungsabläufe modernisiert und die Angebote digitaler Verwaltungsleistungen ausgebaut werden. Dafür muss die kommunale Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) auskömmlich finanziert sein. Außerdem muss die dauerhafte kommunale Nachnutzung von Online-Services ebenso sichergestellt werden wie eine enge Einbindung der Städte in das IT-Sicherheitskonzept des Landes. Gelingen wird dies mit einer gut aufgestellten, innovativen kommunalen IT-Landschaft. Das **Wirtschafts-Service-Portal.NRW** (WSP.NRW) ist das zentrale digitale Zugangstor für die Wirtschaft in NRW. Es muss deshalb fortgeführt und ausgebaut werden.

Im öffentlichen Dienst treten in den nächsten zehn Jahren rund ein Drittel der Beschäftigten in den Ruhestand. Gleichzeitig stehen weniger junge Nachwuchskräfte zur Verfügung. Dies führt zu einem spürbaren **Fachkräftemangel**, insbesondere bei IT-Fachkräften und technischen Beschäftigten. Umso wichtiger ist es, die Vorteile des öffentlichen Dienstes herauszustellen und ihn attraktiver und flexibler zu gestalten. Dies gilt auch für das öffentliche Dienstrecht. Zudem müssen die Ausbildungs- und Studienkapazitäten bedarfsgerecht erhöht werden.

5. Städte für Menschen

Foto: © Stadt Krefeld

Städte wandeln sich. Die Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren müssen neu gedacht und weiterentwickelt werden. Diesen Prozess müssen Bund und Länder unterstützen. Hierzu sollte das Land die **Innenstadtförderung** langfristiger anlegen und die Städte in die Lage versetzen, wo erforderlich, bodenpolitisch und immobilienwirtschaftlich handlungsfähiger zu werden und Impulse zu setzen. Die vorliegenden Erkenntnisse zur Weiterentwicklung der **Städtebauförderung** und die guten Erfahrungen zum Beispiel aus dem Sofortprogramm Innenstädte und Zentren sollten auf die Städtebauförderung übertragen werden. Die Förderung von projektbezogenem Personal, die Einführung eines integrierten Fördermittelmanagements und der Abbau von bürokratischen Hemmnissen müssen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Eine lebenswerte Innenstadt zeichnet sich durch hohe Aufenthalts- und Lebensqualität aus. Sie zeichnet sich durch hohe Qualität und Ästhetik der gebauten Umwelt aus. Die Novellierungen der **Bauordnung NRW** ohne den Erlass notwendiger Begleitvorschriften haben zu mangelnder Rechtssicherheit geführt. Die Neuregelungen müssen ausgehend von Praxiserfahrungen angepasst und Auslegungsfragen geklärt werden.

III. Lebenswertes Zuhause: Gut leben in der Stadt

1. Städte leben Vielfalt

Foto: © Bruno Wansing / Stadt Bocholt

Der eingeschlagene Kurs in der **Migrations- und Integrationspolitik** muss konsequent fortgesetzt werden: Integrationswillige Ausländerinnen und Ausländern, insbesondere Langzeitgeduldete, müssen gefördert werden. Gleichzeitig braucht es konsequentes Handeln in Bezug auf Gefährder, Straftäter, Integrationsverweigerer und Personen ohne Bleibeperspektive. Für einen effektiven Vollzug aufenthaltsbeendender Maßnahmen müssen Rückführungen zentral durch das Land durchgeführt werden. Die Fachkräfteeinwanderung über eine zentrale Behörde gilt es weiterzuverfolgen.

Die Städte haben für **Zugewanderte aus Süd-Ost-Europa** eine Vielzahl bedarfsgerechter Hilfemaßnahmen erfolgreich erprobt. Die Projekte haben allerdings eine begrenzte Reichweite. Es werden etablierte Regelstrukturen benötigt. Die Bildung und Integration von Kindern und Jugendlichen ist dabei besonders in den Blick zu nehmen und zu unterstützen. Die Landesregierung wird aufgefordert, den in NRW begonnen Prozess zur Erarbeitung einer ressortübergreifende Gesamtstrategie unter Einbeziehung praktischer Erfahrung und Kenntnisse der örtlichen Ebene wieder aufzunehmen.

Die **Flüchtlingsfinanzierung** muss reformiert werden. Die im Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) geregelte Pauschale sollte differenzierter ausgestaltet werden und sich an den tatsächlichen Kosten orientieren. Damit ließen sich die Unterschiede zwischen den Städten besser abbilden.

2. Gleichstellung realisieren

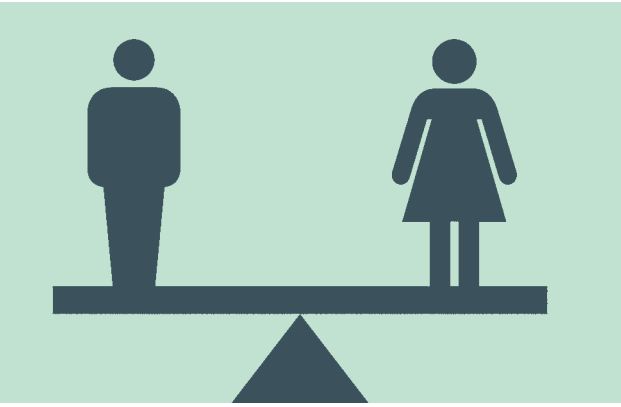

Foto: © damien hensens / Wikimedia Commons

Auch im Jahr 2022 ist die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter weit entfernt. Es muss eine ressortübergreifende **Gleichstellungsstrategie** aufgelegt werden, um das Ziel der Gleichstellung zu realisieren. Die Perspektive von Frauen muss stärker in der Stadtplanung berücksichtigt werden. Beispielhaft sollten geschlechtsspezifische Mobilitätsmuster bei Mobilitätskonzepten Berücksichtigung finden. Gleichstellungsfragen müssen in Digitalisierungsprozessen als Querschnitt verankert werden.

Frauen sind in der **Politik**, auch in der Kommunalpolitik, immer noch **stark unterrepräsentiert**. Der Anteil von Frauen, vor allem in Leitungspositionen, muss dringend erhöht werden. Es braucht in der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung die Geschlechterperspektive. Strukturelle Benachteiligung muss beseitigt werden. Empowerment sollte durch gezielte Förderung ermöglicht werden.

3. Gute Bildung für gute Startchancen

Foto: © Christian Schwier – stock.adobe.com

Das **Kinderbildungsgesetz** muss dringend überarbeitet werden. Notwendig ist eine dauerhafte Refinanzierung von Verwaltungs- und Betreuungshelferinnen und -helfern. Die pädagogischen Fachkräfte müssen entlastet werden, um sich vorrangig pädagogischen Aufgaben der frühkindlichen Bildung widmen zu können. Die Trägeranteile gehören abgeschafft, die meisten Kindergartenträger können diese nicht mehr stemmen. Das Land muss die ausfallenden Finanzierungsanteile vollständig kompensieren und damit die Kommunen aus der Pflicht nehmen. Auch die Elternbeiträge sollten durch das Land übernommen werden.

Ganztägige Bildung von Grundschulkindern ist sowohl bildungs- und entwicklungsbezogen für die Kinder als auch hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein gesellschaftspolitisch sinnvolles Ziel. Das Land ist aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen den **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** in NRW zu konkretisieren und zeitnah eine Ausbildungsoffensive zu starten. Der Rechtsanspruch muss landesrechtlich per Gesetz umgesetzt, die Finanzierung vollumfänglich und dauerhaft durch das Land sichergestellt werden.

Angesichts der veränderten Anforderungen an die Schulen erweist sich das bestehende **Schulfinanzierungssystem** bereits seit langem als nicht mehr tragfähig. Ziel muss es daher sein, in der kommenden Legislaturperiode zwischen Land und Kommunen einen ganzheitlichen Ansatz für eine Schulfinanzierung zu erarbeiten, die den Anforderungen an die Schulen insbesondere in den zentralen Bereichen Ganztag und Digitalisierung Rechnung trägt und die Kosten hierfür dauerhaft gerecht verteilt.

4. Wohnen ist Grundbedürfnis

Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Durch die vielen Geflüchteten aus der Ukraine wird sich der Zustand weiter verschärfen. Die Anwendung der erweiterten Mieterschutzregeln aus dem Bundesrecht für NRW sollten übernommen und die Gebietskulisse der Mieterschutzverordnung aktualisiert werden. Qualifizierte Mietspiegel helfen, den Bezug zu angemessenen Mieten zu wahren. Das Land sollte die Städte fördern, die Mietspiegelreform des Bundes auch in NRW zügig umzusetzen.

Foto: © Landeshauptstadt Düsseldorf / Michael Gstettenbauer

Die **Wohnraumförderung** des Landes ist mit schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert: Steigende Baukosten und Bodenpreise, fehlende Flächen und unzureichende Akzeptanz treffen auf Anforderungen an Klimaschutz, leistbare Mieten und innovative Projekte. Das mündet in immer mehr öffentlichen Mitteln für immer weniger geförderte Wohnungen. Zukünftig wird sich das Land noch mehr dem Wohnungsbestand und innovativen Förderkonzepten zuwenden müssen. Denn hier liegen die größten Potenziale für den Erhalt bezahlbaren Wohnraums, verträgliche Mieten, Beiträge zu mehr Klimaschutz und selbstgenutztes Eigentum.

5. Lebensqualität im Alter sichern

Foto: © Animaflora PicsStock - stock.adobe.com

Um allen Menschen ein **Altern in Würde** bei guter Lebensqualität zu ermöglichen, muss die lokale Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Leben gesichert werden. Bei der Gestaltung der Sozialräume kommt den Städten eine Schlüsselrolle zu. Neben Instrumenten der Bedarfserhebung sind Möglichkeiten einer effektiven Planung und Steuerung nötig, um Quartiere so auszugestalten, dass ein möglichst selbstbestimmtes Leben in Würde im Alter und bei Pflegebedürftigkeit gewährleistet ist. Angesichts der Vielzahl von Akteuren im Bereich der pflegerischen Versorgung und Beratung ist eine kommunale Koordination und Planung unerlässlich. Die Planungs- und Koordinierungsaufgabe ist mit ausreichenden finanziellen Ressourcen zu hinterlegen.

6. Kultur stärken

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine einzigartige und vielfältige Kulturlandschaft, die große Transformationsprozesse bewältigen muss. Vor allem die breite Teilhabe aller an **Kultur** muss dabei im Mittelpunkt stehen. Die neue Landesregierung ist aufgefordert, die interkulturelle Arbeit in den Städten nachhaltig zu unterstützen und die Soziokultur zu fördern. Zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur muss der Landesanteil an der Kulturförderung weiter schrittweise erhöht werden.

Fotos: © Birgit Hupfeld / © Anna Lukenda, Schauspiel Köln

IV. Zukunftsfeste Städte nur mit soliden Finanzen

Foto: © Avij / Wikimedia Commons

Zukunft wird in Städten gemacht. Die aktuellen Herausforderungen und großen Zukunftsaufgaben lassen sich nur bewältigen, wenn das Fundament stimmt. Die Städte brauchen solide Finanzen. Das Land ist in der Pflicht, für eine strukturell auskömmliche Finanzierung zu sorgen.

Es braucht eine deutliche Verbesserung der Finanzausstattung durch eine **Erhöhung des Verbundsatzes**. Der kommunale Finanzausgleich ist so zu korrigieren, dass besondere Belastungen der Städte angemessen berücksichtigt werden. Auf die Rückzahlung kreditierter Mittel im Finanzausgleich ist zu verzichten.

Das **Konnexitätsprinzip** muss ernst genommen und sinnvoll angewendet werden. Die bestehenden Regelungen sollten dabei einer Prüfung unterzogen werden, Schutzlücken sind zu schließen.

Die Städte fordern die längst überfällige **Altschuldenlösung**. Wir erwarten eine Ablösung der kommunalen Liquiditätsschulden in Verbindung mit einem abgesicherten dauerhaften Haushaltsausgleich. Die neue Landesregierung darf sich nicht hinter dem Bund verstecken, sondern muss schnell eigene Konzepte entwickeln und Mittel bereitstellen.

Die **Grundsteuer** ist eine unverzichtbare Einnahmequelle für die Städte. Die Grundsteuerreform muss deshalb zügig und wohnkostenneutral in der neuen Legislaturperiode umgesetzt werden. Sollten Verschiebungen zu Lasten der Wohngrundstücke entstehen, muss das Land korrigierend eingreifen.